



Politik, die aufgeht. ödp.

- Münster wählt Zukunft -

**Kommunalwahl-
Programm
2009**

**Ökologisch - Demokratische
Partei**

- ödp -

Kreisverband Münster



INHALT:

	Seite:
➤ Inhaltsverzeichnis	02
➤ Präambel (Demokratie und Ökologie)	03

Die ödp Münster steht für eine ehrliche Kommunalpolitik in den Bereichen:

➤ 1. Familie	04
➤ 2. Kinder / Jugend	05
➤ 3. Bildung	06-07
➤ 4. Soziales	07-08
➤ 5. Gesundheit	08-11
➤ 6. Sport	12-13
➤ 7. Kultur	13-14
➤ 8. Solidarität zwischen Frauen und Männer	14-15
➤ 9. Demokratie	16
➤ 10. Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	16-18
➤ 11. Verkehr	18-20
➤ 12. Energie	21-23
➤ 13. Natur und Umweltschutz	23-24
➤ 14. Landwirtschaft	24-25
➤ 15. Tierschutz	25-26
➤ 16. Öffentlicher Haushalt, Finanzen	27-28
➤ 17. Wirtschaft	28-29
➤ 18. Arbeit	29-31
➤ 19. Sicherheit	31-34
➤ 20. Müllpolitik	34-35
➤ Verweise, Aufruf und Impressum	35

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger in Münster!

Ökologie und Demokratie sind für die ödp-Politik zwei wichtige Säulen:



Ökologie - So leben, dass Zukunft bleibt. Umweltschutz muss selbstverständlich sein, auch über Parteigrenzen hinaus. Ökologie ist für uns untrennbar verbunden mit allen Politikfeldern. Sie sollte überall berücksichtigt werden, denn Umweltschutz ist Zukunftsschutz.

Demokratie - Mehr Mitbestimmung der Bürger auf allen Ebenen.

Um Manipulation, Korruption und Abhängigkeiten von Entscheidungsträgern zu verhindern, möchte die ödp zum Wohle der Menschen in unserem Land den Filz von Politik und Wirtschaft durchtrennen. Die ödp ist bislang die einzige Partei, die die Annahme von Firmenspenden, sowie Aufsichtsratsposten von Politikern in Firmen (ausgenommen städtische Beteiligungsgesellschaften) ausdrücklich ablehnt.

Dank der Initiative der ödp ist bereits 1999 in NRW die 5%-Hürde bei Kommunalwahlen gefallen.

Ebenso wurde im Jahr 2008 das undemokratische Kommunalwahlgesetz der CDU/FDP-Landesregierung von der **ödp** vor dem Verfassungsgerichtshof gekippt, welches eine neuerliche 2-5%-Hürde je nach Kommune vorsah (1-Sitz-Sperrhürde).

Das bedeutet, dass jeder Einzelne in Münster wieder verbesserte demokratische Mitsprachemöglichkeiten hat.

Bereits ca. 1200 Wähler-Stimmen bringen einen Vertreter der **ödp** ins Stadtparlament.

Mit Ihrer Stimme können Sie dafür sorgen, dass dieses Kommunalpolitische Programm in den Stadtrat eingebracht wird.

Es lohnt sich, der **ödp** ihre Aufmerksamkeit zu schenken:

Für die **ödp** steht das ganzheitliche Wohl der heutigen und zukünftigen Generationen im Mittelpunkt allen politischen Handelns. Die human ausgerichtete Politik der **Ökologisch-Demokratischen Partei** hat das Ziel, bei dem heute nötigen Wertewandel mitzuwirken. Verantwortungsbewusste Politik braucht ethische Wertmaßstäbe und die Ehrfurcht vor dem Leben. Nicht "immer höher, immer weiter, immer mehr" kann die Devise sein. „Ganzheitliches Denken und lokal gemeinschaftliches Handeln“ ist für die **ödp** die Zukunft.

Mit Ihrer Stimme können Sie dafür sorgen, dass dieses Kommunalpolitische Programm in den Stadtrat Münsters eingebracht wird.

Gehen Sie zur Kommunalwahl und wählen Sie die Ökologisch-Demokratische Partei –ödp-Münster mit Ihrer Wählerstimme in den Stadtrat und in die sechs Bezirksvertretungen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Sieglinde Kersting (ödp-Kreisvorsitzende)

**Sämtliche Bezeichnungen in diesem Programm beziehen sich sowohl auf weibliche als auch auf männliche Personen.*

Das Programm der Ökologisch-Demokratischen Partei - ödp - Münster

1. Familie

Nachhaltiges Denken und Handeln setzt voraus, dass keine Rechnungen offen bleiben, auch nicht gegenüber kommenden Generationen. Gerade deswegen ist die Unterstützung der Familien kein Selbstzweck, sie dient vielmehr der Gesellschaft und deren Zukunftsfähigkeit (z.B. Rentenpolitik, Umweltschutz, Arbeitsmarkt).

Die ödp meint dazu:

Erziehungsarbeit ist wertvoll und muss als anerkannte Arbeit viel mehr gewertet werden.

In der Diskussion um Familienförderung geht es aber oft nur noch um die materielle Ebene und nicht mehr um die zwischenmenschlichen Beziehungen in einer Familie. Das Beziehungsgeflecht von Eltern, Kindern und Großeltern ist jedoch heute mehr denn je gefragt.

In dieser Gemeinschaft wird "Soziale Kompetenz" gelernt, denn Familie ist für Kinder der erste und bedeutsamste Lebensraum, in dem sie ihre emotionalen, sozialen, körperlichen und geistigen Grundfähigkeiten erlernen und entwickeln.



Das ödp - Konzept:

- Einrichtung einer Familienvertretung (Familienverbände), die in allen kommunalen Fragen, die Familien betreffen, in entsprechenden Gremien des Rat der Stadt Münster beteiligt wird (analog Senioren, s. u.)
- Schutz des Sonntags als Ruhetag, insbesondere für die Familie, deshalb keine Ausweitung der Sonntagsarbeit (☞ siehe [Wirtschaft](#))
- Wiedereinführung des Münsterpasses für alle Familien
- Begrüßungsgeld einmalig und kommunales Elterngeld gestaffelt einführen, z. B. wie in Emsdetten
- Beitragsfreier Kindergarten für Kinder ab dem 4. Lebensjahr
- Förderung und Gleichstellung von freien Kindergärten mit staatl. Einrichtungen
- Unterstützung von Vereinen/Institutionen, die sich um die Betreuung von Kindern unter drei Jahren kümmern (☞ siehe [Kinder und Jugend](#))
- Erleichterung der Verbindung von Familie und Beruf durch Förderung zusätzlicher Hortplätze und Schaffung finanzieller Anreize für münstersche Unternehmen, um familienfreundliche Strukturen zu schaffen (Jobsharing, betriebsinterne Horte) (☞ siehe [Kinder und Jugend](#))
- Höhere Wertschätzung der Senioren mit ihrem reichen Wissensschatz und ihrer Lebenserfahrung durch Rede- und Antragsrecht der Münsteraner Seniorenvertretung in entsprechenden Gremien des Rat der Stadt Münster (analog Familien, s. o.)
- Förderung von generationsübergreifenden Wohnen (z.B. Projekt „Wohnen für Hilfe“).

2. Kinder und Jugend

Viele Kinder und Jugendliche haben heute weniger Beziehung zur Natur. Ein Grund hierfür ist offensichtlich der negative Einfluss auf Kinder und Jugendliche durch Medien, vorwiegend das Fernsehen.

Eltern, Lehrer und Erzieher haben immer geringere Einflussmöglichkeiten.

Die ödp meint dazu:

Auch in Münster sollten unsere Kinder eine Perspektive haben! Sie brauchen Zuwendung und Betreuung für ein glückliches Leben, verlässliche Beziehungen und gesunde Ernährung.

Eine bestmögliche Erziehung und Bildung unserer Kinder ist die wichtigste Voraussetzung für eine glückliche Zukunft in der Gesellschaft. Sie muss sicherstellen, dass die Jugend alle Fähigkeiten und Techniken, aber auch das Wissen vermittelt bekommt, das sie braucht, um für alle Herausforderungen vorbereitet zu sein. Deshalb muss eine ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit vorrangiges Bildungsziel sein. Verantwortungsbewusstsein, Teamfähigkeit, Rücksichtnahme, die früher im größeren Familienverband selbstverständlich vermittelt wurden, sollten erlernt werden. Die Erziehung zu Ehrfurcht vor allem Leben, Verantwortung im Umgang mit der Schöpfung und den Mitmenschen, die Bereitschaft zur Mitgestaltung der Gesellschaft und zum politischen Engagement stärkt die Persönlichkeit und beugt auch gefährlichen Tendenzen (Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Drogenkonsum) vor.



Das ödp - Konzept:

- die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und hier insbesondere die der freien Träger, muss abgesichert und in enger Kooperation mit ihnen, den Anforderungen entsprechend weiterentwickelt werden (z.B. Kinderschutzbund)
- Förderung des Tageseltern e. V., um individuelle Betreuung, auch schon vor dem Kindergartenalter zu realisieren, wenn sie gebraucht wird. Die Qualität sollte weiter gefördert werden und zu einer gerechten Entlohnung führen (z. B. bei Alleinerziehenden und berufstätigen Müttern und Vätern)
- Erhalt der bestehenden Jugendeinrichtungen, denn wer heute bei Kinder- und Jugendarbeit spart, muss morgen die wesentlich höheren Folgekosten zahlen
- wirkungsvolle Bekämpfung von Suchtgefahren mit Fachleuten; z.B. vom INDRO in Zusammenarbeit mit Elternhaus und Schule. (➔ siehe [Gesundheit](#))
- Beibehaltung des Jugendparlaments, zur Stärkung des Mitspracherechts (Stimmrecht) junger Menschen, mit dem Ziel, Ideen in den Stadtrat einzubringen.

3. Bildung

In die Bildung unserer Kinder investieren heißt unsere Zukunft sichern!

Verschiedenste Studien haben klar gezeigt, dass Schulen in Deutschland mehr Förderung bekommen müssen. Eine gute Schulausbildung heißt Förderung von Schülern, Lehrern und Eltern.

Es ist darauf zu achten, dass eine den Eltern angebotene Ganztagschule nicht zu einer Ungleichbehandlung der Familien führt. Ganztagschulen einzurichten heißt, den Eltern einen Teil ihrer Betreuungsaufgaben abzunehmen. Hierzu sind finanzielle Mittel erforderlich, die jedoch denen nicht vorenthalten werden dürfen, die die Ganztagschule nicht in Anspruch nehmen wollen. Andernfalls würden Eltern in eine vorgegebene Richtung gedrängt, was eine Bevormundung der Eltern in ihrer Wahlfreiheit und die weitere Schwächung ihrer Erziehungskompetenz bedeuten würde.

Die ödp meint dazu:

Wir halten es grundsätzlich für richtig, dass staatliche Mittel zur Kinderbetreuung eingesetzt werden, da es sich dabei heute um eine Leistung für die gesamte Gesellschaft handelt. Das Erziehungsprivileg der Eltern verlangt aber, dass sie selbst darüber entscheiden, wie ihre Kinder betreut werden; das heißt Eltern müssen durch die Zuweisung der adäquaten Geldmittel die freie Wahl haben zwischen der Finanzierung der externen Ganztagesbetreuung ihrer Kinder und der persönlichen Wahrnehmung dieser Aufgabe. Dieses Konzept ist am besten im Rahmen eines Erziehungsgehaltes zu verwirklichen (→ siehe [Bundesprogramm](#)), von dem die Eltern gegebenenfalls die zusätzlichen Kosten der Ganztagschule finanzieren können. Auch dürfen die wirklichen Neigungen der Kinder nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden. Die in Deutschland auf Eigeninitiative von Kindern und Eltern aufbauenden Strukturen der Freizeitgestaltung (z.B. in Musikschulen, Sportvereinen) dürfen nicht beeinträchtigt werden.

In die Bildung unserer Kinder investieren heißt unsere Zukunft sichern! Eine gute Schulausbildung heißt Förderung von Lehrern, Schülern und Eltern. Dort können wir von unseren europäischen Nachbarn viel lernen.



Das ödp - Konzept:

- Einsatz für den Erhalt von wohnnahen Grund- und Hauptschulen auch bei Einzigkeit (dezentral)
- Jede zweite Schule in Münster berichtet über leichte und jede dritte über große Mängel hinsichtlich des Renovierungszustandes. Im Konjunktur-Programm 2009 werden jetzt einige Mängel beseitigt. Zukünftig sollte es ein Zeitnahes Umsetzen von notwendigen Renovierungsarbeiten an Schulgebäuden geben, um einen Sanierungsstau und Folgekosten zu vermeiden.
- Eine bessere Beratung und eine schulpsychologische Betreuung kann die Gewalt an Schulen vermindern. Die Schulpsychologische Beratungsstelle der Stadt kann diese Arbeit nur teilweise an allen Schulen leisten. An jeder Schule sollte ein Schul-Psychologe eingestellt werden, der die Sorgen und Ängste mit den Schülern verarbeiten kann und zu Lehrern und Eltern ein Bindeglied darstellt.

- Ausreichende Ausstattung der Schulen mit Fachräumen. Fachpersonal, die den vernünftigen Umgang gerade mit Computern erläutern. Die die schädlichen Killer-Spiele kennen und den Schülern Alternativen aufzeigen, die keinen seelischen Schaden anrichten und trotzdem für Schüler interessant und wertvoll sind.
- Attraktivere Schulhofgestaltung unter Beteiligung der Schüler und Schülerinnen und Einbindung des Jugendrates
- Gleichbehandlung aller Schulen und Schulformen bei der Vergabe kommunaler Mittel, auch die Schulen in privater und kirchlicher Trägerschaft
- Ernährungsberatung der Eltern zum Zeitpunkt der Einschulung ihrer Kinder im Rahmen der Einschulungsuntersuchung
Weitere Förderung oder eine dauerhafte Beratung an Schulen zur gesunden Ernährung, wie z.B. der Ernährungsführerschein der Volkshochschule
- Weitere Förderung oder eine dauerhafte Beratung an Schulen zur gesunden Ernährung, wie z.B. der Ernährungsführerschein der Volkshochschule
- Überarbeitung der Sicherheit auf Schulwegen, zu Fuß oder per Rad in Zusammenarbeit mit den Schulen.

4. Soziales

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich eine Ansicht fast dogmatisch durchgesetzt, die das Interesse des Individuums über das Interesse des Gemeinwohls setzt.

Die ödp meint dazu:

Wir treten für eine gesellschaftliche Ordnung ein, die zur Solidarität einlädt, sich am Gemeinwohl orientiert und die Eigenverantwortung fördert.

Deshalb:

Sozialen Standard halten, Selbsthilfe stärken, aktive Unterstützung in akuten Notlagen.

Wir wenden uns entschieden gegen jede Ausländerfeindlichkeit und verurteilen jede Gewalt gegen ausländische Mitbürger oder deren Einrichtungen aufs Schärfste (☞ siehe [Bundespolitisches Programm](#)).



Das ödp - Konzept:

- Besondere Förderung von Eigeninitiative und Selbsthilfegruppen in allen sozialen Bereichen, da diese oft wesentlich effektiver arbeiten können als staatliche Einrichtungen
Öffentliche Förderung von sozialen, familien- und altengerechten Wohnungen, die die Bedürfnisse von Senioren, Kindern und behinderten Menschen besonders berücksichtigen
- Behindertengerechte Architektur und Stadtplanung, um Behinderten die Teilnahme am gesellschaftlichen Alltag zu erleichtern
(☞ siehe [Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen](#))

- Aktualisieren eines „Stadtführers“ für Rollstuhlfahrer und Erweiterung des Stadtplans für behinderte Mitbürger mit zusätzlichen Informationen (z. B. Behindertentoiletten)
- Finanzielle Unterstützung des so genannten Kontaktladens für Drogenabhängige in der Innenstadt, um eine Anlaufstelle für die Betroffenen zu erhalten und das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen kriminalpräventivem Rat und Fachleuten, wie z. B. von INDRO (Institut zur Förderung qualitativer Drogenforschung, akzeptierter Drogenarbeit und rationaler Drogenpolitik e. V.), um die Drogenprobleme vorwiegend am Bremer Platz, Aasee und Promenade einzudämmen
- Möglichst dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen und Aussiedlern, um eine so genannte Gettoisierung zu vermeiden (☞ siehe [Sicherheit](#))
- Verstärkung der Betreuung anerkannter Asylbewerber und Aussiedler, zwecks Verbesserung der Sprachkenntnisse und des Wissens über die Kultur des Gastlandes
- Eigenverantwortliche Pflege der Unterkünfte von Flüchtlingen, um die kommunale Kasse zu entlasten, d. h. die Flüchtlinge werden angeleitet, die Bausubstanz und das Wohnumfeld zu pflegen
- Im Interesse der wirklich Bedürftigen sollten städtische Sozialleistungen bedarfsorientiert angepasst werden, um Missbrauch zu verhindern

5. Gesundheit

Gesundheit ist das wichtigste Gut des Menschen. Darunter gehört nicht nur das körperliche, sondern auch das geistige und seelische Wohlergehen. Wir befürworten jegliche Art der Vorsorge und Aufklärung zur Gesundheit der Bevölkerung. Um selbst ihre Gesundheit optimal zu schützen, bedarf es der regelmäßigen Informationen der Bürger durch die Stadtverwaltung.

Lärm

Viele Bürger leiden unter unzumutbarem Lärm. Hierdurch werden verschiedene Krankheiten, z. B. Herz-Kreislaufkrankungen, Konzentrations- und Schlafstörungen oder Gehörschädigungen mit verursacht. Durch die von der ödp vorgeschlagenen Lärm verringernenden Maßnahmen in den Bereichen Verkehrslärm sowie Maschinen- und Gewerbelärm kann die Wohn- und Lebensqualität der Bürger erheblich verbessert werden.



Das ödp - Konzept:

- Verabschiedung eines Ruheschutzgesetzes und Einsatz der Vertreter der Stadt Münster in den kommunalen Spitzenverbänden für eine entsprechende Überarbeitung der derzeit gültigen Immissionsschutz-Verordnung.

Verkehrslärm (Straßen- und Flugverkehr):

Für Kraftfahrzeuge gilt innerstädtisch in der Regel eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. Vielfach wird deutlich schneller gefahren, so dass Anwohner durch Lärm stark belästigt werden.

Für den Flugverkehr am Flughafen Münster/Osnabrück (FMO) gilt derzeit kein Nachtflugverbot.



Das ödp - Konzept:

- Weniger Verkehr bedeutet weniger Lärm. Durch Maßnahmen wie Verbesserung der Angebote des ÖPNV, den längst überfälligen Umbau des Hauptbahnhofs und weiteren Ausbau des Radwegenetzes müssen immer mehr Anreize geschaffen werden, weniger Auto zu fahren (☞ siehe [Verkehr](#)).
- Einführung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h innerhalb der Stadt, mit wenigen Ausnahmen, wie z.B. der Umgehungsstraße (☞ siehe [Verkehr](#)).
- Beim Bau neuer Schallschutzwände sind begrünte Steilwände den Erdwällen gegenüber zu bevorzugen, wenn durch die Platzersparnis Gartenfläche erhalten bleibt; Negativbeispiel: Weseler Straße ab Boeselager Straße
- Zum Schutz der Anwohner des FMO, wie auch für die in den angrenzenden Gebiete der Stadt Münster wohnenden Menschen, ist ein Nachtflugverbot für die Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr einzuführen (☞ siehe [Verkehr](#)).

Maschinen- und Gewerbelärm:

Gewerbliche und öffentliche Betriebe setzen derzeit häufig massiv Lärm verursachende Maschinen ein. Das geht zu Lasten von Benutzern und Anwohnern.



Das ödp - Konzept:

- Öffentliche Betriebe und Behörden der Stadt Münster (als Vorreiter für gewerbliche Betriebe) sollten zum Schutz der Bediensteten und der Anwohner entsprechende Vorsorge zu deren Gesundheitsschutz treffen
- Die Häufigkeit des Einsatzes von motorbetriebenen Laubbläsern/-saugern, Rasenmähern, Straßenreinigern ist sowohl aus gesundheitlichen als auch aus ökologischen Gründen zu überdenken.

Gesunde Nahrung

Die ödp unterstützt eine gesunde Ernährung durch Lebensmittel aus kontrolliert ökologischem Landbau. Lebensmittel sollten so wenig verändert werden wie möglich. Die so genannte grüne Gentechnik birgt weitere Gefahren für unsere Gesundheit (z.B. Allergien).

Viele Menschen werden durch falsche Ernährung krank (zu viel Fett, zu wenig Ballaststoffe, zu viele Zusatzstoffe, die z.B. Allergien auslösen können, zu große Mengen an Rückständen von Pflanzenschutzmitteln u.v.a. mehr). Nach aktuellen Statistiken ist jedes fünfte Kind in Deutschland übergewichtig! Durch "Fast-Food" wird diese Entwicklung weiter voranschreiten.



Das ödp - Konzept:

- Aufklärung aller Bevölkerungskreise über aktive Gesunderhaltung durch sinnvolle Ernährung und Lebensführung, beginnend bereits durch Ernährungsberatung in Kindergärten und Schulen
- Sicherstellung einer ausgewogenen Ernährung (u. a. Vollwerternährung) in allen öffentlichen Einrichtungen mit Küchen, Kantinen oder Mensen
- Aufklärung der Bürger seitens der städtischen Behörden über die Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen und gentechnisch veränderter Lebensmittel sowie die Vorteile von Lebensmitteln aus ökologischem Landbau (☞ siehe [Landwirtschaft](#)).

Mobilfunk

Elektrosmog und Belastung durch die Strahlungen sind heute schon von Fachleuten erwiesen. Folgende Schäden durch Mobilfunkstrahlen bei Menschen und Tieren wurden in wissenschaftlichen Versuchen nachgewiesen: Unfruchtbarkeit, Gedächtnisstörungen, Störungen des Nervensystems, Krebs, Störungen des Immunsystems, Erbgutschäden u. v. a. mehr. Ein häufiger Aufenthalt in der Nähe von Mobilfunksendern begünstigt die Schädigung.



Das ödp - Konzept:

- Kein weiterer Ausbau des Mobilfunknetzes
- Kommunales Mobilfunk-Konzept durch die Verwaltung erarbeiten
- Senkung der Strahlengrenzwerte für Mobilfunkanlagen und Handys.
- Einigung mit Netzanbietern herbeiführen, um die Strahlungen zu reduzieren.
- Mobilfunksendeanlagen nur mit behördlicher Genehmigung aufstellen, damit die Gemeinde ein Mitspracherecht für die Gesundheit der Anwohner hat
- Weitere Aufklärung der Bevölkerung durch die Stadtverwaltung weiterführen, um Handybenutzer für die Gesundheitsproblematik der Strahlen und des Elektro-Smogs zu sensibilisieren.

Suchtmittelproblematik

Sucht ist Krankheit! Immer mehr Menschen, vor allem Jugendliche, sind suchtgefährdet, z.B. hat der exzessive Alkoholkonsum bei Kindern und Jugendlichen inzwischen beängstigende Ausmaße angenommen.

Die gesundheitlichen und sozialen Folgen des übermäßigen Alkoholkonsums verursachen erhebliche Kosten, die von der Solidargemeinschaft bezahlt werden müssen. Ähnliches gilt für zahlreiche andere Drogen, wie auch für den Tabak-Konsum.

In einem gesunden sozialen Gesellschaftsgefüge ist einer Suchtgefahr besser zu begegnen. Persönliche Probleme ohne Halt im Umfeld fördern jedoch oft den Drogenkonsum. Damit der Drogenkonsum nicht "ausufert", sollten Abhängige in einem sozialen Netz aufgefangen werden (☞ siehe [Soziales](#)).



Das ödp - Konzept:

- Mehr Aufklärung in der Bevölkerung, z. B. durch zur Verfügung gestellte öffentliche Wände zur Visualisierung von Kampagnen gegen Sucht
- Vorsorge in Schulen (Ein Sozialarbeiter pro Schule!) (☞ siehe [Bildung](#))
- Verschärfte Kontrollen in Kiosken und Supermärkten, ob tatsächlich kein Alkohol und Tabakwaren an Kinder verkauft wird
- Unterstützung von Nichtrauchern, Nichtraucherinitiativen, Nichtraucherkeipen, Nichtraucherkampagnen.

Gesundheitsbelastung durch Emissionen:

Allgemeine Umweltbelastung, d.h. Emissionen durch Verkehr und Industrie:
=> Flugbenzin, Ruß, Kohlendioxid, Ozongase und Feinstaub.



Das ödp - Konzept:

- Durch eine Verringerung des gesamten Verkehrsaufkommens würden die o. g. Emissionen rückläufig (☞ siehe [Verkehr](#))
- Keine weiteren Parkhäuser, die noch mehr Verkehr anziehen (☞ siehe [Stadtentwicklung](#))
- Verstärkte Erforschung der toxischen Gesamtsituation des Menschen und der Beseitigung schädlicher Umwelteinflüsse. Verlässliche Kontrolle der Einhaltung von MAK-Werten (Maximale Arbeitsplatz-Konzentration) bei Giftstoffen
- Weitere Aufklärung der Bevölkerung über Risiken der Emissionen.

Weitere Gesundheitsgefährdung:

Freilaufende Hunde in öffentlichen Parkanlagen machen durch ihren Kot die Grünflächen für spielende Kinder unzugänglich. Auch unter hygienischen Aspekten ist dieses Verhalten problematisch, da hierdurch Krankheiten übertragen werden können.



Das ödp - Konzept:

- Mehr Aufklärung der Hundehalter; ggf. mehr Kontrollen durch das Ordnungsamt
- Beschilderung der Freilauf-Flächen für Hunde, um Bürger über „Freilaufende Hunde ohne Leine“ zu informieren und klare Grenzen zu Flächen mit Anleinplicht zu schaffen.

6. Sport

Münster hat u. a. einen überregional bekannten Volleyballverein und einen traditionellen Fußballclub. Die zahlreichen Radfahrer und Jogger in der Fahrradhauptstadt und „Deutschlands bester Läuferstadt 2008“ sind zu einem Markenzeichen für Münster geworden. Sparkassen-Münsterland-Giro und Münster-Marathon ziehen jährlich viele Besucher aus Nah und Fern an. Aber auch andere Sportarten, wie Basketball, Handball, Leichtathletik u.v.a. mehr sind in Münster sehr erfolgreich und haben viele Anhänger.

Die ödp meint dazu:

Sport ist ein ganz wichtiges Element für eine sinnvolle Freizeitgestaltung und fördert neben der Gesundheit auch die soziale Kompetenz. Gerade Kinder und Jugendliche finden hier eine echte Alternative, etwa zu übermäßigem Computer- oder Fernsehkonsum.

Die ödp will eine durchdachte Sportpolitik, sowohl im Breiten-, als auch im Hochleistungssport. Leistung muss sich lohnen – Erfolg muss anerkannt werden. Anerkennung gibt es nicht nur auf der materiellen Ebene, sondern insbesondere beim Sport, auch auf der ideellen Seite.

Die Förderung des Sportes soll so umfangreich wie möglich stattfinden. Wer hier spart, tut das mit Sicherheit an der falschen Stelle.

Es sind nicht nur geeignete Grundstücke, Sporthallen und Sportplätze bereit zu stellen und regelmäßig in Stand zu halten, sondern insbesondere die junge Sportarbeit muss gefördert werden (Jugendförderung). Ein Ziel muss sein, mehr Mannschaften in eine höhere Liga zu führen, um jungen Menschen Vorbilder und Motivation zu geben, auch im Sport mitzumachen. Das hierfür investierte Geld ist gut angelegt und zahlt sich in späteren Zeiten doppelt und dreifach wieder aus.

Durch die Förderung des Sports trägt die Stadt in besonderer Weise zu einem guten Gemeinwesen bei.



Das ödp - Konzept:

- Der Sportetat der Stadt Münster ist wegen seiner besonderen Bedeutung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auszubauen
- Vorhandene Sportplätze, Turnhallen und Sporteinrichtungen müssen ausreichend und regelmäßig in Stand gehalten werden
- Durch enge Verknüpfung von Schule und Sportvereinen müssen besonders die Kapazitäten der Sporthallen voll ausgeschöpft werden können. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass Schulkindern, bedingt durch immer längere Unterrichtszeiten, ein immer kleineres Zeitfenster für Freizeitsport zur Verfügung steht
- Es müssen auch Sportarten, die in Münster nicht in der oberen Liga spielen, aber gute Jugendarbeit leisten, unterstützt werden. Es müssen genügend Übungsleiter zur Verfügung stehen. Die Übungsleiter-Pauschalen sind dem Bedarf anzupassen
- Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten haben viele Vereine Schwierigkeiten, geeignete Sponsoren zu finden. Hier sollte die Stadt den Vereinen vermittelnd zur Seite stehen.

7. Kultur

Münster ist eine Stadt mit einem hohen Kulturanspruch. Nicht umsonst haben die Bürger dieser Stadt versucht, Münster zur Kulturhauptstadt Deutschlands hervorzuheben. Das städtische Theater und die vielen kleinen privaten Bühnen bereichern die Stadt sehr. Aber auch das Stadtmuseum, Villa ten Hompel, Stadtbücherei, Stadtarchiv, Musikschule, Volkshochschule, viele private kulturelle Initiativen sollten hier nicht in Vergessenheit geraten.

Die ödp meint dazu:

Ohne Kultur wäre Münster arm.

Wir wollen eine durchdachte Kulturpolitik,
Anerkennung nicht nur auf der materiellen, insbesondere auch auf der ideellen Ebene.

Die Förderung Münsteraner Kultur sollte so umfangreich wie möglich sein.

Die Kulturstadt Münster trägt durch ihre fördernde Kinder- und Jugendarbeit zu einem guten Gemeinwesen bei.



Das ödp - Konzept:

- Der Kulturretat der Stadt Münster ist im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auszubauen
- Mehr Bürgerbeteiligung in der Kultur (Bürgerhaushalt); d. h. auch rechtzeitige Information und Beteiligung bei Thematisierung von Kunstwerken und Baudenkmalen
- Stärkere Förderung von Kinder-, Jugend- und Stadtteilkultur
- Förderung von privaten Initiativen in allen kulturellen Bereich, selbst wenn sie nicht immer hohen Leistungsanforderungen entsprechen
- Erhalt eines vielfältigen Weiterbildungsspektrums bei der Volkshochschule, den Erwachsenenbildungseinrichtungen und den Familienbildungsstätten
- Keine weiteren Kürzungen im Bereich Volkshochschule, Musikschule und Familienbildungsstätten
- Keine weiteren Kürzungen im Bereich der Unterstützung der Freien Theater- und Kulturszene, Kleinkunst, Kunst aus anderen Kulturen
- Förderung der Klein-Kino-Veranstalter, wie z. B. Schlosstheater, Cinema
- Förderung der Beteiligung von Bürgern (Bürgerhaushalt) und dem Münsteraner Einzelhandel z. B. beim Stadtfest, Karneval, privater Musikhalle

8. Solidarität zwischen Frau und Mann

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. So steht es in Artikel 3 des Grundgesetzes. In Absatz 2 ist konkretisiert: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Obwohl die Gleichstellung von Frauen Verfassungsrang hat, werden Frauen immer noch in vielen Dingen mehr oder minder benachteiligt.

Die Unterbewertung von Erziehungs- und Betreuungsarbeit in unserem Sozialrecht lässt sich teilweise damit erklären, dass diese Arbeit überwiegend von Frauen geleistet, die Gesetze aber überwiegend von Männern gemacht wurden. Die Emanzipationsbewegung der Frauen hat zwar inzwischen zu besseren Chancen der Frauen im Erwerbsleben geführt, aber leider nicht zu einer Gleichberechtigung der Erziehungsarbeit. So verschiebt sich die Diskriminierung auf die Eltern. Eine wirkliche Gleichberechtigung wird aber erst dann möglich sein, wenn die Arbeit innerhalb und außerhalb der Familie auch gleichwertig behandelt wird, unabhängig davon, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird.

Die ödp meint dazu:

Die tatsächliche Gleichberechtigung der Frau kann nicht alleine durch Gesetze und Diskriminierungsverbote erreicht werden. In beruflichen Führungspositionen sind Frauen nach wie vor in der Minderheit. Auch von einer gleichrangigen Mitwirkung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen kann noch keine Rede sein.

Die Erziehung in Kindergärten und Kindertagesstätten (Kitas) wird meistens von Frauen bewerkstelligt. Die Stadt sollte bei den städtischen Einrichtungen mit gutem Beispiel voran gehen. Diese Erziehungsarbeit sollte besser bezahlt werden und die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen müssen verbessert werden. Nach neuesten wissenschaftlichen Er-

kenntnissen sind aber gerade Jungen durch die (einseitig) weibliche Erziehung in ihrer Entwicklung benachteiligt. Es sollte eine männliche Quote eingerichtet werden, um auch Männern den Beruf als Erzieher neu zu öffnen und für Jungen sowie für Mädchen für ihre Entwicklung, beide Geschlechter als Vorbild, erzieherisch tätig zu sein.

Die Rahmenbedingungen für ein gleichberechtigtes Mit - einander müssen stimmen!

Die Erziehungs- und Versorgungsarbeit für eigene Kinder, die von Frauen und Männern = Eltern vollzogen wird, ist von Nutzen für die gesamte Gesellschaft und der Erwerbsarbeit gleichwertig. Daraus resultiert der Anspruch auf ein Erziehungsgehalt. (☞ siehe [Bundesprogramm](#))

- Ansätze zu einer Neudefinition sowie zu einer neuen und gerechteren Verteilung von Arbeit unter verstärkter Berücksichtigung der unbezahlten Arbeitsleistungen sollten von der Stadt im Rahmen ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten aufgegriffen und unterstützt werden.
- Förderung von Frauenprojekten, z.B. im Sinne der Lokalen Agenda, die Nachhaltigkeit in ökologischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht umsetzen z.B. Eine-Welt-Projekte, Fair Handeln mit Blumen, Saubere Kleidung usw.
- Teilzeitarbeitsplätze sind auch in Münster in vielfältiger Weise zu fördern, (z.B. auch als Heimarbeitsplätze), damit die herkömmliche Erwerbsarbeit mit der Familienarbeit sowohl für Mütter als auch für Väter in Einklang gebracht werden kann. Dabei kommt dem Erziehungsgehalt eine ausschlaggebende Funktion zu. Der zweite Arbeitsplatz in der Familie ist dann nicht – wie seither – unentgeltlich auszufüllen. Durch die Teilzeitbeschäftigung der Eltern entstehen keine untragbaren finanziellen Einbrüche und auch die Väter können verstärkt Familienarbeit übernehmen.
- Konsequente Förderung von Teilzeitarbeit, Job-Sharing und Modelle flexiblerer Arbeitszeitgestaltung mit Unterstützung und Blickrichtung der Genderperspektive (Gleichberechtigung Frau/Mann), dabei sollte die Stadtverwaltung weiter eine Vorbildfunktion haben.
- Die ungerechten Arbeitslöhne der Erzieherinnen müssen in den städtischen Kindergärten und Kitas aufgewertet werden und die Arbeitsbindungen (z. B. kleinere Gruppengröße) an die immer höheren Anforderungen angepasst werden, gerade weil die Erziehungsarbeit überaus wertvoll ist.
- In den städtischen Kindergärten und Kitas eine Quote für männliche Bewerber einrichten damit Jungen eine gleichgeschlechtliche Bezugsperson ab Kindergartenalter haben.
- Bereithaltung von ausreichenden Finanzmitteln für die Beratung von Opfern häuslicher Gewalt.
- Kindern und Jugendlichen durch pädagogische Maßnahmen deutlich machen, dass Mädchen gegenüber Jungen sowie Frauen gegenüber Männern gleichberechtigt sind (Gewaltschutzgesetz - PolizeiG) (☞ siehe [Sicherheit](#)).
- Neben dem "Girls-Day" einen „Boys- Day“ einrichten, um nicht nur Mädchen Männerberufe sondern Jungen Frauenberufe näher zu bringen und attraktiv zu machen.

9. Demokratie

In der Verflechtung von Politik und Wirtschaft sieht die ödp ernst zu nehmende Gefahren für die Demokratie und für das Gemeinwohl. Durch Beraterverträge, Aufsichtsratsposten und Firmenspenden sind politische Mandatsträger heute vielfach mächtigen Gruppen und deren eigennützligen Interessen verpflichtet. Darunter leiden die Glaubwürdigkeit, die Sachorientierung und die Zukunftsfähigkeit aller demokratischen Institutionen. Dieser gefährlich starke Lobbyismus ist ebenso wie ein sich abzeichnendes Einsickern von Korruption ins politische System konsequent und notfalls auch mit neuen Gesetzen zu bekämpfen.



Das ödp - Konzept:

Um Politik und Wirtschaft strikt voneinander zu trennen und um Interessenkonflikte zu vermeiden fordern wir:

- Trennung von politischem Mandat und wirtschaftlicher Interessenvertretung
- Abgeordnetenbestechung muss strafbar werden
- Einführung von Anti-Korruptions-Beauftragten in allen Behörden
- Die ödp befürwortet eine Bürgerbeteiligung bei allen weit reichenden Entscheidungen in Form der direkten Demokratie (Bürgerentscheid)
- Die Durchführung von Bürgerbegehren/ Ratsbürgerentscheid auf kommunaler Ebene ist wesentlich zu erleichtern bzw. - wo diese Form der Mitbestimmung noch nicht eingeführt ist - zu ermöglichen
- Einrichtung eines Familienbeirates / Familienvertretung (↪ siehe [Familie](#))
- Rede- und Antragsrecht eines Familienbeirats, der in allen kommunalen Fragen, die Familien betreffen, in entsprechenden Gremien der Stadt Münster beteiligt wird
- Rede- und Antragsrecht des Seniorenbeirates, der in kommunalen Fragen die Senioren betreffen, in entsprechenden Gremien des Rates der Stadt Münster
- Rede- und Antragsrecht des Jugendrates, der in kommunalen Fragen die Jugend und Kinder betreffen, in entsprechenden Gremien des Rates der Stadt Münster
- Einrichtung eines Gremiums zur Beteiligung / Mitbestimmung der Bürger an dem städtischen Haushalt (Bürgerhaushalt).

10. Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Münster lebt gut mit seiner kulturellen Vielfalt, seinen zahlreichen Dienstleistungsangeboten, seinen kurzen Wegen per Rad. Die künftige Stadtplanung und Stadtentwicklung muss daher helfen, das Erreichte zu bewahren und die Stadt unter ökologischen Gesichtspunkten für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen. Münster ist gerade als Großstadt mit ländlichem Charakter attraktiv.

Die ödp meint dazu:

Münster soll eine lebenswerte und bürgerfreundliche Stadt bleiben. Der individuelle Charme vieler noch intakter Stadtviertel muss erhalten bleiben. Der grüne Promenadenring und die Frischluftzonen zwischen den Vororten sorgen für ein gutes Umweltklima. Andere Städte beneiden Münster um diese Lebensqualität.

Doch die derzeitige Politik in Münster gefährdet diesen Zustand. Die Stadt soll durch fragwürdige Projekte, wie Stubengassebebauung, Gewerbegebiete, Parkhäuser, Straßenanbindungen (Austermannstraße, Nordtangente) besonders „investorenfreundlich“ werden. Sozialer Wohnungsbau und Erhalt preiswerten Wohnraums werden hingegen vernachlässigt.



Das ödp - Konzept:

- Erhalt des typischen, von Bürgern und Touristen so sehr geschätzten Stadtbildes aus dominierenden Kirchtürmen und gering geschossiger Bauweise
- Mehr Innenstadtbegrünung und ansprechendes Flair...
- im Bereich Hafen, um die Lebensqualität in Zentrumsnähe zu verbessern
- durch Sanierung des gesamten Bahnhofsumfeldes, d. h. Begrünung von Freiflächen, Renovierung und Nutzung von Gebäuden z. B. für ein weiteres Fahrradparkhaus am Osteingang
(☞ siehe [Verkehr](#))
- Keine weiteren „Stubengassen-, Arkaden- und Betonklotz-Architektur“ in der Innenstadt, sondern Architektur im Einklang mit der Umgebung und Natur, in Einbeziehung von alternativen Energieträgern
- Keine weitere Zersiedlung Münsters am Stadtrand wie z. B. in Albachten, dafür Schließung von Baulücken in citynahen Wohngebieten
- Erhalt der heutigen Freiflächen am Stadtrand, keine neuen Gewerbeansiedlungen auf der grünen Wiese wie z. B. in Amelsbüren, solange es genügend brachliegende Gewerbeflächen gibt
- Unterstützung eines Süd-Schwimmbades als Solarbad. Soweit der städtische Haushalt es zulässt, sollte es finanzielle Förderungen eines Bürgerbades geben.
- Förderung des Wohnungsgenossenschaftswesens durch Anerkennung der Gemeinnützigkeit und Mittelbegünstigung, um ein gerechtes Mietpreisniveau in Münster zu erreichen
- Förderung ökologischen Wohnens in der Nähe von Bus- und Bahnlinien
- Ablehnung dubioser städtischer Steuertricks wie das so genannte „Cross Border Leasing“, bei dem kommunale Einrichtungen, wie z. B. Kläranlagen oder das Kanalnetz an US-Amerikanische Partner übertragen werden, wodurch die Versorgung der Bevölkerung erheblich gefährdet würde
- Lärmsanierungsprogramm - Lärmschutzfenster und -türen an Straßen bzw. Nebenstraßen mit hoher Lärmbelastung. Hausbesitzer müssen gefördert werden
(☞ siehe [Gesundheit](#))
- Barrierefreies Wohnen für Behinderte und abgesenkte Bordsteine
(☞ siehe [Soziales](#))

- Forcieren des sozialen Wohnungsbaus durch die Beteiligungsgesellschaft Wohn- und Stadtbau. Berücksichtigung von sozial Schwachen durch Angebote von preiswertem Wohnraum.

11. Verkehr

Münster ist die einzige Großstadt in Deutschland, in der es mehr Fahrräder als Einwohner gibt. Noch gilt Münster als Fahrradhauptstadt Deutschlands. Aber andere Städte, wie Freiburg, Bonn, Bremen oder Erlangen sind längst dabei, aufzuholen und Münster den Rang abzulaufen.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) besteht in Münster im Wesentlichen nur aus Stadtbussen, die aber ebenso wie Autos im Stau stecken bleiben. Ein Verkehrsnetz wie in vergleichbaren Städten mit S-Bahnen, U-Bahnen und Straßenbahnen fehlt in Münster völlig, so dass viele Notgedrungen auf das Auto zurückgreifen.

Die ödp meint dazu:

Münster ist auf dem Weg zu einer autogerechten Stadt im Stil westdeutscher Großstädte der 60er Jahre. Diese Stadt braucht jedoch nicht mehr Parkplatzkapazitäten und Straßen, sondern intelligente Lösungen, um unnötigen Autoverkehr zu verlagern und zu vermeiden.

Der motorisierte Individualverkehr (MIV) leistet zwar grundsätzlich einen Beitrag zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und zum funktionierenden Wirtschaftsleben, dabei kommt es aber auf die Umweltverträglichkeit des jeweiligen Verkehrsmittels an. Deshalb möchten wir den Radverkehr und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) noch mehr stärken und damit Anreize schaffen, das Auto stehen zu lassen. Die Straßen können so für diejenigen freigehalten werden, die auf das Auto angewiesen sind.

Dies gilt insbesondere für Autos mit Elektroantrieb und schadstoffarme Fahrzeuge.

In der Verkehrspolitik wollen wir den Umweltverbund im Sinne einer guten Erreichbarkeit der Innenstadt und der Stadtteilzentren zu Fuß, mit Fahrrad, Bus und Bahn stärken. Davon würde auch der Einzelhandel profitieren. Bahntrassen sind weitgehend vorhanden und fast sämtliche Stadtteile und Vororte könnten auf der Schiene erreicht werden.

Der Flugverkehr ist der umweltschädlichste Verkehr, der im erheblichen Maße zum Treibhauseffekt und zur Zerstörung der Ozonschicht beiträgt. Deshalb darf die Ökonomie nicht zu Lasten der Ökologie bevorzugt werden, bei allem Verständnis für den wirtschaftlichen Nutzen des Flughafens Münster/Osnabrück (FMO) für unsere Region.



Das ödp - Konzept:

Zum Fahrradverkehr:

- Konsequenter Ausbau eines sicheren Radwegenetzes

- Errichtung von markierten ebenerdigen Radstreifen, z.B. auf der Hafenstraße, sofern keine Hochbordradwege zur Verfügung stehen
- Mehr Pflege und Erneuerungen der Radwege, z.B. bei Beschädigungen durch das hoch drücken der Pflasterung durch Baumwurzeln (Himmelreich-Allee, Adenauer-Allee und vielen anderen Stellen).
- Engpässe vermeiden für Kindertransporte (Fahrradanhänger)
- Eine so genannte "Grüne Welle" für Radfahrer anstreben, um das Umsteigen auf das Fahrrad noch attraktiver zu machen
- Neben dem bestehenden Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof und den anderen vorhanden Stellplätzen Errichtung von Fahrradboxen im Rahmen des so genannten "Ökologischen Mobil-Management" an weiteren wichtigen Verkehrsknotenpunkten (s. auch unter M.I.V.)
- Deutlichere und klar erkennbare Radsymbole auf dem Straßenpflaster von Fahrradstraßen z.B. Hittorfstraße, Schmeddingstraße, Waldeyerstraße, da sonst vielen Autofahrern gar nicht bewusst ist, dass sie sich auf einer Fahrradstraße bewegen
- Entschärfung der Gefahr für Radfahrer am Ludgerikreisel durch einen umlaufenden, vom motorisierten Verkehr getrennten Radweg
- Mehr Ordnung bei abgestellten Fahrrädern durch Schaffung baulicher Einrichtungen (Fahrradstände, Abstellflächen u.a.)
- Zeitigere und verbesserte Schneeräumung der Radwege.

Zum ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr):

- Intelligente Lösungen für den öffentlichen Nahverkehr, z. B. durch eine neue Buslinienführung auf direkteren und kurzen Wegen sowie die Einführung von Zubringerlinien in die Stadtteile bzw. von Vorort zu Vorort („ödp-Spinnennetz-System“)
- Schnellbuslinien von Stadtteilzentren zum Hauptbahnhof
- Mehr Busspuren und so genannte Busschleusen für die wichtigsten Verbindungen
- Kein Wettbewerb im Busverkehr auf Kosten der Beschäftigten und Kunden und keine Privatisierung des Verkehrsbetriebes der Stadtwerke - stattdessen zwecks Kostensenkung verstärkte Kooperation mit Partnern wie z. B. dem Regionalverkehr Münsterland
- Unterstützung von Familien mit einer gerechten Familienkarte (☞ siehe [Familie und Senioren](#))
- Finanzielle Förderung des ÖPNV aus dem Energiesektor der Stadtwerke (☞ siehe [Energie](#))
- Spürbare Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) aus dem Umland durch Realisierung einer Regionalstadtbahn; die Trassen dafür sind weitgehend vorhanden, Wiederbelebung der WLE-Gleise (Westfälische Landeseisenbahn), Errichtung neuer Haltepunkte (Vorbild Zentrum Nord), z.B. in Gremmendorf, Angelmodde, Mecklenbeck, Kinderhaus, Handorf, Roxel.

Zum MIV (motorisierter Individualverkehr):

- Verstärkte Förderung des "Car-Sharing-Systems", d. h. der gemeinsamen Fahrzeugnutzung, durch z. B. Bereitstellung städtischer Stellplätze in jedem Stadtviertel
- Keine Nordtangente zwischen Steinfurter Straße und Schiffahrter Damm wegen ihrer geringen verkehrlichen Entlastungswirkung und ihrer enormen ökologischen Folgeschäden
- Sperrungen von einigen Straßen sowie Geschwindigkeitsüberprüfungen im Stadtgebiet auch aus Umwelt- und Naturschutzgründen, z. B. in den Riesefeldern
(☞ siehe [Umwelt, Naturschutz](#) und [Landwirtschaft](#) / ☞ siehe [Sicherheit](#))
- Individuelle Mobilität ist bei umweltschonenden Techniken alternativer Energieträger, z. B. Biodiesel, Autogas, Solarstromzapfstelle beim Stadtteilauto, über ein kommunales Gremium zu unterstützen, z. B. bei Ausweisung von neuen Gewerbegebieten mit einem Angebot von Tankstellen mit allen alternativen Antriebsstoffen (☞ siehe [Wirtschaft](#))
- Initiierung eines so genannten "Ökologischen Mobil-Managements", wodurch Pendler animiert werden, ihr Fahrzeug vor der Stadt stehen zu lassen
- Überprüfung des Parkleitsystems, um den unvermeidbaren MIV besser fließen zu lassen; d. h. Weiterleitung des Verkehrs zu vorhandenen nahe gelegenen Parkhäusern, z. B. Engelenschanze und/oder Tiefgarage Aegidii, wenn die übrigen Parkplätze, z. B. auf dem Domplatz an Markttagen, ausgelastet sind. Ggf. Schließung der Windthorststraße oder Pferdegasse, damit Behinderte und Anlieger besser zu ihren Parkplätzen kommen können. Dadurch soll Rückstau von Kraftfahrzeugen vermieden werden.
- Zum besonderen Schutz der Kinder und älterer Verkehrsteilnehmer weitere Ausweitung von 30-km/h-Zonen in eng bebauten Wohngebieten sowie vermehrte Geschwindigkeitskontrollen in diesen Bereichen durch Polizei und Ordnungsamt (☞ siehe [Sicherheit](#)).

Zum Flughafen Münster-Osnabrück (FMO):

- Demokratisch faire Beteiligung aller im Immissionsbereich des FMO lebenden Bürger an behördlichen Verfahren
- Kein weiterer Ausbau des FMO, da die Umwelt schwer beeinträchtigt wird. Keine Startbahnverlängerung, keine größeren Flugzeuge, keine zusätzlichen Flugbewegungen
- Kein neuer Airport-Park, d. h. kein Gewerbegebiet im Bereich des FMO, da zwar kurzfristig Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden, jedoch der Mittelstand im Umland nicht gestärkt wird (☞ siehe [Wirtschaft](#))
- Nachtflugverbot für den FMO von 22 Uhr bis 6 Uhr früh, um Anwohner im Umkreis des FMO vor Lärm zu schützen (☞ siehe [Gesundheit](#))
- Keine Abwertung des FMO, um mit alternativen Umwelt schonenden Antriebssystemen eine wirtschaftliche Option offen zu halten (☞ siehe [Wirtschaft](#))
- Keine Subventionierung des FMO durch die Stadt Münster, sondern eine Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene (☞ siehe [Bundespolitisches Programm](#))

12. Energie

Die heutige Energiegewinnung beruht zu 95% auf der Nutzung von fossilen und atomaren Energieträgern. Das belastet Natur und Umwelt, weil bei jeder Verbrennung Abwärme und Treibhausgase entstehen.

Die Energieversorgung (Gas und Strom) der Münsteraner Bevölkerung ist derzeit über die Stadtwerke (Tochtergesellschaft der Stadtverwaltung) geregelt. Die Hoheit der öffentlichen Hand über das Produkt Energie als kostbares Gut ist nicht als Tafelsilber zu „verschern“, wie das Ergebnis des letzten Bürgerentscheids zur Privatisierung der Stadtwerke Münster zeigte.

Die Option von Öko-Strom stellt eine gute Alternative zu anderen Stromversorgern dar. Münsters Stromproduktion läuft derzeit nicht über die Verbrennung von Müll, weil das die Bürger der Stadt so durchgesetzt haben.

Die ödp meint dazu:

- Erhalt der Stadtwerke in öffentlicher Hand
- Dezentralität von Fernwärme-Heizkraftwerken im Stadtgebiet
- Kein Bau einer Müllverbrennungsanlage
- Kein Brennelementzwischenlager/Atomkraftwerk in Münster und im Münsterland
- Keine Atomtransporte in und um Münster (☞ siehe [Sicherheit](#)).

Auch lokal müssen Schadstoffe wie Kohlendioxid reduziert werden. Münster hat hier mit seiner Auszeichnung als Klimahauptstadt eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Oberstes Ziel muss es sein, auch in Münster dafür zu sorgen, den CO₂-Ausstoß zu verringern.

Alle Kommunen im Münsterland haben hier an einem Strang zu ziehen, sonst kann das Land, der Bund und die „eine Welt“ nicht die Ziele von Kyoto und Johannesburg verwirklichen.

Keiner der erneuerbaren Energieträger sollte dabei bevorzugt werden; vielmehr muss ein ausgeklügeltes und effizientes Netz aus den verschiedenen Energieträgern geknüpft werden. Hier sind Naturwissenschaft, Politik, Wirtschaft, Wohnungs- und Städtebau zur Zusammenarbeit aufgefordert.

Eine Privatisierung der Energieversorgung kommt jedoch aus umwelt- und sicherheitspolitischen Gründen nicht in Frage (☞ siehe [Gesundheit](#) & [Sicherheit](#)).

Erneuerbare Energien erzeugen im Gegensatz zu fossilen Brennstoffen keine Klimaschädigungen (Emissionen). Regenerativer Strom kann regional produziert werden und erfordert keine teuren, aufwendigen und landschaftszerstörenden Überlandleitungen in abgechiedene Regionen, denn die Energie kann oft direkt vor Ort produziert werden. Die für den langen Transport von Strom erforderliche Zerschneidung der Landschaft kann hier unterbleiben und ist gegenüber einer so genannten „Verspargelung der Landschaft“ durch Windkraftanlagen das schlimmere Übel. Regenerative Anlagen sind nicht nur aus Umweltschutzgründen der fossilen und atomaren Stromerzeugung, sondern aus Sicherheitsgründen insbesondere den Atomkraftanlagen, vorzuziehen (☞ siehe [Sicherheit](#)).

Windkraftrotoren sind trotz ihrer Hemmnisse weiterhin zu fördern. Ihre Standorte sind jedoch so zu wählen bzw. zu konzentrieren, dass Gesundheitsschäden, z. B. durch Schlagschatten oder Lärm, verhindert werden.

Im städtischen Bereich (Münster) sind die effizienteren Technologien für die Energieversorgung der Bevölkerung vermehrt so einzusetzen, dass durch eine intelligente Vernetzung der verschiedenen Energieformen das Ziel erreicht wird, die jeweils verfügbare Energiequelle optimal zu nutzen. So sind moderne Wasserkraftanlagen in geeigneten Regionen ebenfalls zu fördern.

Deshalb:

Volle Kraft für erneuerbare Energien! Sparsamkeit und Dezentralität sind unsere Prinzipien!



Das ödp - Konzept:

- CO₂-Reduzierung durch mehr Nahwärmeanschlüsse, mehr Blockheizkraftwerke sowie einen hohen Anteil an Erdgaswärme im Stadtgebiet; d. h. auch Kohlendioxid einsparung durch mehr Photovoltaik- bzw. Solaranlagen in der Innenstadt und Windkraftanlagen am Stadtrand sowie durch Verringerung des Autoverkehrs
- Begrünung öffentlicher Gebäude, denn ein immergrüner Pflanzenwuchs kann bis zu 35 % Heizenergie sparen, im Sommer sogar bis zu 70 % Kühlenergie liefern
- Pilotprojekte zur Nutzung der Solarenergie in öffentlichen Gebäuden und Solar-tankstellen
- Stadtweite Aufklärungskampagne über Einsparungsmöglichkeiten bei Strom und Wasser
- Unterstützung privater und gewerblicher Nutzung der Solar-, Biogas- und Windenergie durch städtische Beratung und finanzielle Zuschüsse
- Bei Errichtung neuer Wohnprojekte die Energieproduktion möglichst durch Blockheizkraftwerke (doppelt so hohe Energieeffizienz als bei herkömmlicher Energiegewinnung) sicher stellen
- Einrichtung von Brauchwasserkreisläufen bei Neu- und Umbauten; z. B. durch Regenwassernutzung
- Anbau nachwachsender Rohstoffe (Raps, Schilfgras u.a.) auf stillgelegten Agrarflächen, um eine dezentrale Energieversorgung in den Stadtteilen per Mini-Blockheizkraftwerk (Garagengröße) zu ermöglichen
- Konsequentes Energieeinsparungsprogramm in Münsters Innenstadt, z.B. durch Abschaltung der meisten Lichtsignalanlagen bei Nacht
- Forcierung von regenerativen Energieträgern zur Energieversorgung der Münsteraner Bevölkerung; d. h. Rohstoffe verbrennen (z. B. Öl oder Kunststoffe) muss der Vergangenheit angehören
Rohstoffe sind zu kostbar, als dass wir sie der Nachwelt nicht mehr zur Verfügung stellen (↪ siehe [Müllpolitik](#))
- Die Vertreter der Stadt Münster sollen sich in den kommunalen Spitzenverbänden für die Freistellung von der Öko-Steuer bei regenerativen Energieträgern (z. B. Windkraft, Wasserkraft und Sonne) einsetzen
- Förderung von Wärmedämmung sowie Heizungsanlagen mit größtmöglichem Wirkungsgrad, denn dadurch wird die Umwelt und der Geldbeutel entlastet
- „10.000-Dächer-Solar-Programm“ für Münster
- Förderung der Stadtwerke Münster im Bereich regenerativer Energien
- Verzicht auf unsinnige / umweltunfreundliche Werbeausgaben – dafür mehr Aufklärung für Maßnahmen des Energiesparens
- Keine Atomenergie in und um Münster und keine Atomtransporte durch Münster und das Münsterland; z. B. nach Gronau, Ahaus etc.

- Städtische Anreize zum Stromsparen für industrielle Kraft-Wärme-Kopplung, um weitere Energie einzusparen
- Einführung eines Energie-Cent auf alle Haushalte Münsters zur Unterstützung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), um Anreize zum Energiesparen zu schaffen und gleichzeitig den ÖPNV attraktiver zu gestalten (☞ siehe [Verkehr](#)).

13. Natur- und Umweltschutz

Münster ist als Flächenstadt sehr stark landwirtschaftlich geprägt. Die Stadt liegt eingebettet in einer uralten Kulturlandschaft. Diese Sonderstellung hat sich auch über die Zeit bis heute weitgehend erhalten. Es gibt noch immer viele kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe. Naherholungsgebiete umgeben die Stadt, Frischluftschneisen reichen oft bis nah an das Stadtzentrum heran. Auch die Wirtschaft wird geprägt durch mittelständische Produktions- und Handelsbetriebe. Es gibt kaum Großindustrie. Diese Alleinstellungsmerkmale Münsters sind für die Zukunft unbedingt zu erhalten und als Besonderheit bei der Entwicklung von Wirtschaft und Tourismus herauszustellen.

Die ödp meint dazu:

Die Vielfalt der Münsterländischen Natur- und Kulturlandschaft muss für kommende Generationen dauerhaft erhalten und fortentwickelt werden. Dazu ist zunächst ihr konsequenter Schutz notwendig. Daher ist eine an ökologischen Kriterien orientierte Stadt – und Landschaftsplanung, in der die Belange des Naturschutzes eine stärkere Beachtung finden, erforderlich.



Das ödp - Konzept:

- Ökologische Verbesserung des Aasees durch Renaturierung und Entschlammung
- Erhalt der Frischluftschneisen
- Öffnung des Truppenübungsgeländes und des ehemaligen Flughafen Handorf für Erholungssuchende
- Ausweisung zusätzlicher Erholungsflächen am Dortmund-Ems-Kanal nach dessen Ausbau
- Konsequente Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie
- Rasche Umsetzung des Landschaftsplanes Roxeler Riedel
- Keine weitere Bebauung größerer Freiflächen in der Innenstadt
- Keine Mittelkürzungen für Umweltverbände und Initiativen
- Förderung der Entwicklung des Umlandes für einen sanften Tourismus
- Sperrung der Durchfahrtsstraßen im Europareservat Rieselfelder
- Schutz von Kulturdenkmälern durch konsequente Taubenbekämpfung

- Keine Gentechnik auf Liegenschaften in städtischem Eigentum oder im Eigentum städtischer Gesellschaften und Stiftungen, stattdessen Einführung ökologischer Landwirtschaft
- Förderung von Initiativen zur Stärkung der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte
- Verstärktes Angebot regionaler und ökologisch erzeugter Produkte in öffentlichen Einrichtungen

(☞ siehe [Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen](#), sowie [Verkehr](#)).

14. Landwirtschaft

Landwirtschaft für Mensch und Natur

Die Abhängigkeit der Landwirtschaft von der chemischen Industrie, von Banken, von Öl- und Futtermiteleinflüssen steigt stetig. Der gesamte Bereich Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion und Vermarktung wird zunehmend zum Geschäft von wenigen Großbetrieben, wobei die Einführung gentechnisch veränderter Nutzpflanzen und -tiere diese Entwicklung weiter vorantreibt.

Am Ende steht die politische, wirtschaftliche und ökologische Erpressbarkeit unserer Gesellschaft. Intensive Viehhaltung, Monokulturen (z.B. beim intensiven Maisanbau), Überdüngung und Drainage zerstören die natürliche Fruchtbarkeit der Böden, erodieren den Mutterboden und wirken sich verheerend auf Grund- und Oberflächenwasser aus.

Jährlich Zehntausende von Tonnen ausgebrachte „Pflanzenschutzmittel“ töten Mikroorganismen in der Ackerkrume und reichern Giftstoffe in den Nahrungsketten, im Grundwasser und in der Atmosphäre an. Rückstände von Pestiziden, Nitraten und Medikamenten finden sich im Trinkwasser und in Lebensmitteln wieder.

Entwässerung von Feuchtgebieten, Begradigung von Bachläufen und Rodung von Hecken zerstören natürliche Lebensgemeinschaften und Landschaften. Die Tier- und Pflanzenwelt verarmt.

Die ödp meint dazu:

Wir achten die Landwirte nicht nur als Lebensmittelproduzenten, sondern auch als Energielieferanten und vor allem als Kulturträger und Landschaftspfleger.

Langfristiges Ziel der ödp ist eine nachhaltige Landwirtschaft, die weit über die heutigen Vorgaben einer „ordnungsgemäßen Landwirtschaft“ hinausgeht. Sie erfordert eine extensive Bewirtschaftungsweise, die nicht ausschließlich auf eine optimale Nutzung von Boden und Tieren gerichtet ist. Weil aber der ökologische Landbau die nachhaltigste Form bäuerlicher Landwirtschaft darstellt, ist diese bewährte Anbaumethode besonders förderungswürdig.

Zu einer ökologischen Landwirtschaft gehören auch eine nachhaltige Bodenbearbeitung, maßvolle organische Düngung, Verzicht auf Kunstdünger und synthetische Biozide sowie zahlreiche weitere Maßnahmen wie Auswahl der Pflanzenarten und -sorten (nach Standort), Untersaaten, Zwischenfrüchte und angepasste Fruchtfolgen.

Lebensmittel sollen dezentral erzeugt wie auch vermarktet werden, damit feste regionale Wirtschaftskreisläufe entstehen können und die Abhängigkeit von Großkonzernen abnimmt. Das Höfesterben muss auch deshalb gestoppt werden, weil kleine und mittlere bäuerliche Familienbetriebe am ehesten in der Lage sind, ökologische und regionale Gesichtspunkte zu berücksichtigen.



Das ödp - Konzept:

- Förderung von regionalen Betrieben mit kontrolliert biologischer, umweltschonender Landwirtschaft und artgerechter Tierhaltung, die eine gesunde Ernährung garantiert. Wer die Umwelt weniger belastet, muss von der Stadt besonders gefördert werden.
- Diese Produkte sollten verstärkt in städtischen Einrichtungen angeboten werden (Kantinen, Schulen, Kindergärten).
- Beratung der Landwirte zur mittel- und langfristigen Vermeidung von Pestizid- und Nitrateinträgen ins Grundwasser. Wasser ist unsere Lebensgrundlage, und die Reinigung ist mit nicht mehr akzeptablen Kosten für die Allgemeinheit verbunden, deshalb „Vermeiden statt Filtern“.
- Ackerbau muss im Stadtgebiet Münster erhalten bleiben (☞ siehe [Arbeitsmarkt](#)).
- Keine Gentechnik im Münsterland;
Gentechnik in Nahrungsmitteln nutzt nur Aktionären und Großkonzernen. Wir sind für Verbraucherschutz. (☞ siehe [Natur- und Umweltschutz](#)).
Einem für die Verbraucher nicht erkennbaren Nutzen stehen unkalkulierbare Risiken für Gesundheit und Umwelt gegenüber (☞ siehe [Gesundheit](#)).
- Gerechte Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

15. Tierschutz

Tiere werden in unserer Gesellschaft leider immer noch oft als Sache angesehen und behandelt, auch wenn der Tierschutz seit 2002 im Grundgesetz verankert ist. Eine grundlegende Sensibilisierung für das Tier als Geschöpf tritt in der Gesellschaft aber nur zögerlich ein; beispielhaft hierfür sind steuerlich subventionierte Massentierhaltung, unnötige Leiden in Tierversuchslabors sowie die Art der Schlachtung von Tieren in der Fleischproduktion.

Frei lebende Tiere haben durch zunehmende Bebauung und Flächenversiegelung immer weniger Lebensraum.

Die ödp meint dazu:

Die ödp sieht Tiere als Mitgeschöpfe an, die zu achten und vor unnötigen Leiden zu schützen sind. Die Artenvielfalt ist auch in Münster zu erhalten.

In der Innenstadt Münsters sind dringend so genannte "Grüne Oasen" zu schaffen, da es im Promenadenring kaum öffentliche Parks gibt. Auch in der City kann der Mensch von der Natur profitieren. Eingebettete Natur bietet Pflanzen, Tieren und damit den Bewohnern unserer Stadt eine angenehme Atmosphäre.

Um die Artenvielfalt insgesamt zu erhalten, sollte Münster einen Beitrag dazu leisten, unter anderem das Europa-Vogelreservat Rieselfelder und weitere Gebiete zum Schutz der Natur und Arten dauerhaft auszuweisen (☞ siehe [Natur- und Umweltschutz](#)), [Landwirtschaft](#)).



Das ödp - Konzept:

- Unterstützung von Betrieben mit artgerechter Tierhaltung
- Sofortige Abschaffung von Legebatterien für Hennen, Schnellmast für Kälber, Standboxen für Schweine ohne langfristige Umstellungsfristen für die landwirtschaftlichen Betriebe. Landwirte mit artgerechter Tierzucht sollen in Münster bevorzugt behandelt werden.
- Tiertransporte nach Münster auf möglichst kurzem Weg (nicht über 100 km)
- Keine tierquälerischen Versuche in Labors bzw. Zuchtanstalten. Wir befürworten ausdrücklich friedliche Demonstrationen vor Werksgeländen, jedoch keine strafbaren Handlungen, z. B. Nötigung von Betriebsangehörigen.-
- Einreichung einer Petition der Stadt Münster bzw. Stellung einer so genannten kleinen Anfrage über ihre politischen Mandatsträger an den Land- bzw. Bundestag, um eine Gesetzesänderung zu Gunsten der Tiere herbeizuführen; Beispiel: Tierversuchslabor in Münster
- Initiieren einer Klage durch die Kommune bis vor das Bundesverfassungsgericht zur Änderung der Rechtsgüterabwägung des Tierschutzes gegenüber dem Datenschutz von Betriebsangehörigen; Beispiel: Videoüberwachung im nichtöffentlichen Raum zum Schutz der Tiere in Tierversuchslabors mit verstärkter Kontrolle durch das Veterinäramt
- Besondere Berücksichtigung von Firmen, die tierversuchsfreie Produkte wie z. B. Kosmetika herstellen, bei der Ausschreibung neuer Gewerbegebiete (☞ siehe [Wirtschaft](#)) und bei der Ausstattung öffentlicher Einrichtungen mit Hygieneartikeln (Seifen, Putzmittel u. a.)
- Unterstützung des Münsterschen Imkerbundes, da der deutsche Honig immer mehr belastet ist, z. B. durch ein ausreichendes Angebot an geeigneten bienenfreundlichen Freiflächen (Brachen, Säume, Schutzgebiete) mit einer großen Blütenvielfalt für die Imkerei (keine so genannte grüne Gentechnik) (☞ siehe [Natur- und Umweltschutz](#)), [Landwirtschaft](#))
- Schlachtungen ausschließlich mit Betäubung, d. h. die Vertreter der Stadt Münster sollen sich in den kommunalen Spitzenverbänden für die Verabschiedung einer Gesetzesänderung einsetzen (vgl. oben Klageweg zur Rechtsgüterabwägung: Tierschutz gegenüber Datenschutz)
- Beitrag zum langfristig gesicherten Erhalt von überregional tätigen Bildungseinrichtungen mit Schwerpunkten im Arten- und Tierschutz, die aufgrund von Kürzungen der öffentlichen Mittel in ihrem Bestand gefährdet sind
- Eine Bekämpfung von Tauben darf im Siedlungsgebiet nur mit tierschutzgerechten Maßnahmen erfolgen.

16. Öffentlicher Haushalt / Finanzen

Ökonomisch wie ökologisch leben wir seit Jahren auf Kosten zukünftiger Generationen. Allein der Schuldenstand der Stadt Münster hat sich seit 1992 von rund 210 Mio. € auf über 720 Mio. € Ende 2008 erhöht. In diesem Jahr (2009) sieht der Haushaltsplan eine Nettokreditaufnahme von 26 Mio. € vor. Die Stadtkämmerin warnt in der Schlussbemerkung zum Haushalt 2009 ausdrücklich vor der drohenden Haushaltssicherung und fordert eine Reduzierung des Investitionsprogramms.

Die ödp meint dazu:

Wir stehen für eine Politik der Nachhaltigkeit und lehnen das kurzfristige und machtorientierte Handeln der etablierten Parteien ab. Ehrliche Politik bedeutet für uns, dass wir unseren Münsteraner Mitbürgern deutlich sagen wollen, dass wir in Zukunft von vielen lieb gewonnenen Standards Abschied nehmen müssen, wollen wir auch nachfolgenden Generationen Gestaltungsspielräume lassen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, den städtischen Haushalt zu sanieren: Die Ausgaben senken und/oder die Einnahmen erhöhen.



Das ödp - Konzept:

Einnahmen erhöhen durch

- Anheben der Gewerbesteuer um 10 Punkte. Er liegt dann immer noch im Mittelfeld vergleichbarer Kommunen
- Ausloten von Sonderabschreibungsmöglichkeiten, um Anreize für Investitionen und Beschäftigung von expandierenden Unternehmen zu fördern
- Herausarbeiten von Alleinstellungsmerkmalen im sozio-kulturellen Bereich, um die Attraktivität Münsters vor allem für klein- und mittelständische, innovative Unternehmen zu steigern
- Verstärkte Marketinganstrengungen um Münster als Einkaufs- und Urlaubsstadt zu fördern

Kosten senken durch

- Ausstieg aus der städtischen Beteiligung am Flughafen Münster/Osnabrück (FMO) und der Airport GmbH, dem Kohlekraftwerk Hamm und dem Hansa Businesspark (Amelsbüren)
- Investitionsstopp in Straßenneubauten
- Nachverdichtung im Bestand statt Ausweisung und Erschließung neuer Baugebiete
- Keinen weiteren Flächenerwerb für Baugebiete
- Stopp der Erweiterung des Zentrum Kinderhaus
- Reduzierung der kurzfristigen und teuren Kassenkredite auf ein Minimum
- Verzicht auf weitere Großprojekte im Innenstadtbereich

17. Wirtschaft

Die aktuelle Wirtschaftspolitik zerstört das soziale Gefüge und unsere natürliche Umwelt immer mehr. In Münster ist das an der Bebauung Stubengasse zu erkennen. Auch hier in unserer Stadt geht es immer darum, (kurzfristig) Kaufkraft nach Münster zu holen, ohne die langfristigen Folgen dabei zu beachten.

Die Umweltverträglichkeit wird nur nach gesetzlichen Bestimmungen berücksichtigt, nicht jedoch zukunftsorientiert. Dies wird deutlich an den geplanten Bauvorhaben Industriegebiet Amelsbüren und Ausbau Flughafen Münster/Osnabrück (FMO).

Aus ökonomischen Gründen werden immer mehr Bereiche unserer Gesellschaft ins Kalkül gezogen, z.B. der Schutz der Familie durch verkaufsoffene Sonntage oder die Demokratie durch immer stärkeren Einfluss von Konzernlobbyisten. (☞ siehe [Demokratie](#) und [Familie](#))

Fakt ist zurzeit: Ökonomie geht vor Sozialverträglichkeit und Ökologie.

Die ödp meint dazu:

Die Herausforderung besteht darin Ökonomie mit Sozialverträglichkeit und Ökologie zu verbinden.

Nur eine Wirtschaftsweise, die sich in die Kreisläufe der Natur einfügt, kann auf Dauer bestehen. (☞ siehe [Bundespolitisches Programm](#)). Deshalb streiten wir in Münster für eine Wirtschaftspolitik, die nicht kurzsichtiges Gewinnstreben, sondern Nachhaltigkeit zum Ziel hat, d. h. im Rahmen einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft verantwortlich zu handeln.

Münster hat auf Grund seines Status als Oberzentrum eine besondere Verantwortung gegenüber der Region.



Das ödp - Konzept:

- Einzelhandelskonzept an Bedarf anpassen, keine weitere Ausweitung der Einzelhandelsflächen, um einen noch stärkeren Verdrängungswettbewerb zu verhindern
- Stärkung des Mittelstandes, da er für mehr Ausbildungsplätze sorgt, als Großbetriebe und oft einen humaneren Arbeitsplatz bietet; z.Z. stellt der Mittelstand 68% der Arbeitsplätze und 69% der Ausbildungsplätze
- FMO Ausbau verhindern; keine weitere Förderung eines Prestigeobjektes ohne Perspektive
- Schutz des arbeitsfreien Sonntags
- Stärkung des Wissensstandorts Münster durch Förderung zukunftsweisender Technologien
- Existierende Gewerbe- und Industriegebiete fördern, statt neue auf der grünen Wiese zu bauen
 - Bessere Bahnanbindungen soweit sinnvoll
 - Sichere und sinnvolle Arbeitsplätze durch einen umweltfreundlichen Strukturwandel

- Besondere Förderung von Firmen und Einrichtungen, die umwelt-schonende Produkte verwenden oder produzieren (☞ siehe [Energie](#) und [Tierschutz](#))
 - Initiieren von Pilotprojekten, die umweltschonende Technologien einsetzen; Beispiel: Kryo-Recycling (☞ siehe [Müllpolitik](#))
 - Mehr Werbung zur Ansiedelung neuer Betriebe mit regenerativen Technologien
 - Schaffung und Ausweisung von Flächen für Zukunftstechnologien, z. B. Tankstellen mit regenerativen Energieträgern (☞ siehe [Verkehr](#))
 - Förderung von Betrieben mit Produkten aus nachhaltig erzeugten heimischen Holzbeständen (nachwachsender Rohstoff)
 - Förderung privater Solaranlagen und umweltfreundlicher Energiegewinnung
- Keine Neugründung von kommunalen Wirtschaftsunternehmen, die in direkter oder indirekter Konkurrenz zu heimischen Unternehmen stehen
 - korruptionsfreie Einbeziehung der regionalen Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
 - zügige Bauabwicklung bei öffentlichen Straßenbaumaßnahmen, um Anlieger und Verkehrsteilnehmer nicht unnötig zu belasten
 - Bei der Wirtschaftsförderung einen gesunden Mix zwischen Handelsketten und kleinen Fachgeschäften anstreben, um Sicherheit vor Großinsolvenzen und damit einhergehendem Arbeitsplatzverlust zu haben.

18. Arbeit

Sinnvolle Arbeitsplätze schaffen - durch verantwortliches Wirtschaften

In unserer Gesellschaft hängt das gesellschaftliche Ansehen sehr stark vom Beruf und der Arbeitsstelle ab. Massenarbeitslosigkeit führt daher zu sozialer Ausgrenzung weit über die rein finanzielle Mangelsituation hinaus.

Selbst Menschen, die noch eine Arbeitsstelle haben, müssen unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit oft massive Reallohnverluste hinnehmen. Sinkende Löhne führen zu fallender Binnennachfrage. Das schadet der Wirtschaft und führt zu weiteren Stellenverlusten.

Die ödp meint dazu:

Massenarbeitslosigkeit gefährdet zunehmend die soziale und politische Stabilität. Ihre Senkung durch eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft zählt daher zu den vordringlichen Zielen der ödp. Anstatt weiterhin Milliarden Euro in den Kauf schwindender Fossiler Energieträger (Erdöl, Kohle usw.) zu stecken, soll ein Umsteuern in Richtung Energiesparen und alternative Energiequellen stattfinden (☞ siehe [Bundespolitisches Programm](#)).

Schon heute entstehen Tausende von Arbeitsplätzen durch Regenerative Technologien. So arbeiten in der deutschen Windkraftindustrie mehr als doppelt so viele Menschen wie in der Atomkraft-Branche. Bundespolitische Weichenstellungen setzen einer wirksamen kommunalen Arbeitsmarktpolitik enge Grenzen. Dennoch sollte die Stadt verfügbare Spielräume nutzen. Städtische Beteiligungsgesellschaften, wie Stadtwerke oder Wohn-

und Stadtbau, schaffen mit ihrem Kapital neue Arbeitsplätze, insbesondere mit regenerativen Energietechnologien, durch Altbausanierung sowie Schaffung sozialen Wohnbaus. Auch im Bereich der Gewerbeansiedlung und Wirtschaftsförderung hat eine Stadt Einflussmöglichkeiten auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze (➔ siehe [Wirtschaft](#)).



Das ödp - Konzept:

- Münster als Vorbild für einen menschenwürdigen Mindestlohn (➔ siehe [Bundespolitisches Programm](#)), sowohl in der öffentlichen Verwaltung als auch bei allen Subunternehmen
- Öffentliche Aufträge nur an Firmen, die Mindestlöhne zahlen
- Überprüfung aller kommunalpolitischen Entscheidungen auf ihre mittel- und langfristigen Arbeitsmarkt-Auswirkungen, d. h. auch die Aufgabe überdimensionierter Prestigeprojekte zugunsten arbeitsmarktpolitisch sinnvollerer Maßnahmen
- Verbesserung eines Netzwerkes aller arbeitsmarkt- und sozialpolitisch relevanten Stellen (Arbeitsagentur, Sozialamt, Wirtschaftsverbände, arbeitsmarktpolitische Initiativen, Gewerkschaften usw.), um Arbeitssuchende möglichst effizient zu unterstützen. Förderung der Bemühungen des Einzelnen durch Beratung und Begleitung im Rahmen eines Fallmanagements
- Auch wenn Programme, wie „Arbeit statt Sozialhilfe“ grundsätzlich begrüßenswert sind, dürfen sie nicht zum Ersatz von regulär bestehenden Arbeitsverhältnissen durch Niedriglohnjobs führen („Drehtüreffekt“)
- Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, da diese viele Arbeitsplätze bereitstellen
- Weitere Förderung von Projekten für Arbeitslose, um insbesondere Jugendliche und Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Berufliche Qualifikation fördern

Bei der Anpassung an den sich ständig wandelnden Arbeitsmarkt kommt der schulischen und beruflichen Aus- und Fortbildung sowie der Erwachsenenweiterbildung eine Schlüsselrolle zu.

Alleine kann sie allerdings keine arbeitsmarktpolitischen Wunder schaffen: Wären alle Arbeitslosen perfekt qualifiziert, und würden freie Stellen sofort vermittelt, würde sich die Arbeitslosenquote nur um etwa einen Prozentpunkt verringern. Der Grund ist, dass die Zahl der Arbeitslosen bundesweit die Zahl der offenen Stellen im Mittel der letzten Jahre um etwa das zehnfache übersteigt.

Berufliche Fortbildung muss daher unbedingt von gesamtwirtschaftlichen Maßnahmen flankiert werden, denn selbst das schönste Zeugnis frustriert, wenn man damit auf einem schrumpfenden Arbeitsmarkt keine Anstellung findet. Berufliche Bildung sollte keine bloße Alibifunktion haben, bei der Arbeitssuchende in aussichtslose Warteschleifen geschickt werden, nur um die Statistiken zu verbessern.

Deutsche Arbeitskräfte sind schon heute recht flexibel: In den letzten Jahren ist Deutschland innerhalb der EU (hinter Polen) zur zweitwichtigsten Herkunftsregion für Gastarbeiter geworden. Auch wenn aktuell wegen der Weltwirtschaftskrise eine Rückwanderung einsetzt, sind jedenfalls immer mehr Deutsche beruflich dringend auf Fremdsprachenkenntnisse angewiesen, denn nicht nur Firmen, sondern auch Arbeitskräfte bewerben sich zunehmend europaweit. Auch eine EU-weite Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse wird daher wichtiger.

Ins Ausland zu gehen ist gut, wenn man die freie Wahl hat ob man es machen möchte oder nicht, und es nicht aus purer Not tun muss. Daher möchte die ödp auch in Deutschland wieder ausreichend Arbeitsplätze schaffen; damit Bürger die Wahl haben (☞ siehe [Bundespolitisches Programm](#)).



Das ödp - Konzept:

- Auf kommunaler Ebene sollten die städtischen Bildungseinrichtungen mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden, um ihrer Aufgabe auch sinnvoll nachkommen zu können. Berufliche Bildungs- und Arbeitsaustauschprogramme mit anderen EU-Ländern, z.B. den Niederlanden, sollten vermehrt angeregt werden (☞ siehe [Bildung](#)).

19. Sicherheit

Die Sicherheit ist nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland eine staatliche, sondern auch für die Gemeinde eine kommunale Aufgabe, die das Ordnungsamt, Polizei und Staatsanwalt in Zusammenarbeit für die Bürger von Münster leisten können.

Bei Sicherheitsproblematiken ist zwischen dem öffentlichen Raum (Straßen, Plätze, öffentliche Gebäude) und dem privaten Bereich zu unterscheiden. Gleichwohl hat der Staat die hoheitliche Aufgabe, auch den privaten Bereich zu schützen und zu respektieren (Beispiel: Häusliche Gewalt ☞ siehe [Frauen](#)). Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger drückt sich jedoch nicht nur im Kriminalitätsbereich, sondern auch im Verkehrssektor aus.

Staatsanwalt, Ordnungsamt und Polizei arbeiten eng zusammen, um dem Wunsch der Bürger nach Sicherheit gerecht zu werden. Fakt jedoch ist, dass immer noch zu viele Verletzte und Tote sowohl bei Verkehrsunfällen wie auch bei Straftaten zu verzeichnen sind. Im Straßenverkehr ist kaum eine Reduzierung der in der Unfallstatistik registrierten Fälle zu erzielen, es sei denn der Verkehr nehme ab. Die Zahlen der Fahrzeugzulassungen sprechen jedoch nicht dafür (☞ siehe [Verkehr](#) und/oder auch im [Bundesprogramm](#)). Die polizeiliche Kriminalstatistik für Münster weisen nach wie vor sehr hohe Werte an so genannten Fallzahlen auf. Diese Entwicklung geht einher mit einem Rückgang der Aufklärungsquote. Der enorme Anstieg von Gewaltdelikten trägt seinen Teil zur Statistik bei. Die Vergleichszahlen bei der Gewaltkriminalität zeigen nach vorübergehendem Rückgang wieder steigende Zahlen auf. Anteilig bilden die Körperverletzungs- und Raubdelikte bei den Gewalttaten den Schwerpunkt.

Die ödp meint dazu:

Ein demokratischer Rechtsstaat braucht gerade in einer Stadt wie Münster eine leistungsfähige Zusammenarbeit zwischen Behörden und nicht behördlichen Institutionen, damit für Sicherheit und Ordnung und damit für die Freiheit aller Bürger gesorgt werden kann. Fähige soziale Strukturen einer Stadt sind die Grundlage für eine gute Sicherheitspolitik. So verurteilen wir auch die Feindbildpflege gegen Polizei und Justiz (☞ siehe [Bundesprogramm](#)). Die Gewaltbereitschaft gegen Personen und Sachen, gerade bei jungen Menschen (siehe Kriminalstatistik Münster), nimmt immer mehr zu. Ursache ist oft, dass in der Gesellschaft (Familie, Schule etc.) die Körperverletzung immer noch als ein geringeres Delikt angesehen wird, als ein Eigentumsdelikt (z. B. Diebstahl). Ein Ungleichgewicht der Rechtsgüter, welches sich auf der kleinsten sozialen Ebene widerspiegelt. Um diesem Dilemma zu begegnen, ist die Politik gefragt, denn ohne die nötige Unterstützung sind Schulen und soziale Einrichtungen oftmals überfordert sowie Polizei und Justiz überlastet.

Das Lernen von sozialem Verhalten in der Gruppe ist Grundlage einer gesunden sozialen Gesellschaft auch im Erwachsenenalter. Das gilt für alle Gesellschaftsschichten und Nationalitäten. Hier sind besonders die Schulen und Kirchen sowie Sport- und Kulturvereine gefragt. Soziales Engagement in diesen Institutionen muss besonders gefördert und belohnt werden (Ehrenamtsarbeit), denn gegenseitige Rücksichtnahme hat in einer gewachsenen Gesellschaft hohe Priorität. Heranwachsende haben so eine adäquate Grundlage, mit einem gesunden Rechtsempfinden ihre eigene Sozialkontrolle zu entfalten. Das fängt in der Familie an, darf aber bei den Schulen, Vereinen und sozialen Einrichtungen sowie den Kirchen nicht aufhören. Allgemeinbildung in Familie und Schule sowie die Nachbarschaftshilfe können positiv dazu beitragen (☞ siehe [Bundesprogramm](#)).

Mehr Bürgerbeteiligung gibt mehr (Selbst-)Sicherheit für den Einzelnen, aber auch für die Gemeinschaft. Transparenz durch Aufklärung fördert die direkte Demokratie, für die sich die ödp auch in Münster einsetzt.



Das ödp - Konzept:

- Mehr Anerkennung der Lokalen Agenda Münster, d. h. dass auch externe Fachleute von Sicherheitsfragen mehr Einfluss auf kommunale Entscheidungsträger haben
- Die Sicherheit auf Münsters Straßen gewährleisten wir durch fortschrittliche Sozial-, Kriminal-, Verkehrs- und Umweltpolitik:
- Mehr Sicherheit durch Sozial- und Kriminalpolitik:
 - Frieden in der Familie und im öffentlichen Raum durch soziale Sicherheit, z. B. Anti-Gewaltberater/Psychologen an Schulen (☞ siehe [Soziales](#))
 - Junge Familien sind sinnvoll durch Fortbildungsangebote zu unterstützen, damit die Wahrnehmung von Unrecht geschärft, Schaden milderndes Verhalten gestärkt wird (☞ siehe [Familie](#) und [Bundespolitisches Programm](#))
 - Bessere Zusammenarbeit zwischen Ordnungsbehörden und Sozialarbeitern, damit Migration funktioniert und Gettoisierung vermieden werden kann (☞ siehe [Soziales](#))
 - Bessere Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung mit Institutionen der Drogenprävention und -repression (☞ siehe [Gesundheit](#))

- Unterstützung der örtlichen Polizeidienststellen durch das städtische Ordnungsamt in Sachen Fahrraddiebstähle, z. B. durch Einrichtung einer Sondergruppe "Speiche"
 - Verbesserung der Sozialpolitik durch die Arbeit des örtlichen kriminalpräventiven Gremiums (Kriminalpräventiver Rat), insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität und Kinderdelinquenz
 - Schaffung von Anreizen zu pädagogischer Fortbildung für Familien von delinquenten Kindern und straffällig gewordenen Jugendlichen jeglicher Nationalität, insbesondere bezüglich Gewalt sowie Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern
 - Angstfreie Zonen schaffen, z. B. durch den Sicherheits- und Ordnungsdienst und/oder Videoüberwachung im öffentlichen Raum an so genannten Kriminalitätsbrennpunkten (Beispiel: Osteingang Hauptbahnhof)
 - Finanzielle Unterstützung von Beratungsstellen zum Gewaltschutzgesetz, z. B. SkF; Sozialdienst katholischer Frauen Münster (siehe zu Häusliche Gewalt oben und ➔ siehe [Frauen](#))
 - Einrichtung eines "Elterntisches" auf ehrenamtlicher Basis zwecks Zusammenarbeit aller familienrelevanten Münsteraner Institutionen inklusive kirchlicher Vertreter
 - Konsequenter Täter-Opfer-Ausgleich durch das örtliche Jugendamt, um die rechtliche Stellung der Geschädigten zu stärken und den Opfern zusätzliche Sorgen und schmerzliche Erfahrungen vor Gericht zu ersparen
 - Vertreter der Stadt Münster sollen sich in kommunalen Spitzenverbänden dafür einsetzen, dass Strafverfahren nicht auf die lange Bank geschoben werden (z. B. bessere personelle Aufstockung und materielle Ausstattung von Sicherheitsbehörden)
 - Kommunale Sicherheit durch klare politische Friedensäußerungen durch den Stadtrepräsentanten, d. h. zeitgerechte politische Unterstützung bei Friedenskundgebungen
 - Installierung eines Anti-Korruptions-Gremiums in Münster (➔ siehe [Bundesprogramm](#))
- Mehr Sicherheit durch Verkehrs- und Umweltpolitik:
- Überprüfung der derzeitigen Höchstgeschwindigkeitsbeschränkungen im Stadtgebiet, um zum einen die Emissionen sowie Immissionen aus Umweltschutzgründen zu reduzieren und zum anderen für einen besonderen Schutz junger und alter Verkehrsteilnehmer (Kinder und Senioren) zu sorgen. Vorhandene 30-km/h-Zonen in Wohngebieten sind aufrechtzuerhalten sowie weitere Zonen auf Ausweisung von 30 km/h zu prüfen.
 - Überwachung von Geschwindigkeitsbeschränkungen, auch durch das Ordnungsamt, zum Schutz von Fußgängern und Radfahrern
 - Konsequente Bekämpfung aggressiver und gefährlicher Verhaltensweisen im Straßenverkehr in Zusammenarbeit mit der Polizei, insbesondere bei groben Geschwindigkeits- und Abstandsverstößen (➔ siehe [Bundespolitisches Programm](#))
- Weitere Sicherheitsaspekte:
- Kein Atomtransport (und ähnlich gefährliche Stoffe) durch Münster und das Münsterland, um die Bevölkerung vor einer Katastrophe zu schützen und für die Atom-Problematik zu sensibilisieren (➔ siehe [Umwelt](#) und [Energie](#))
 - Ausbau des Katastrophenschutzes durch bessere Zusammenarbeit zwischen einer personell optimal geschulten und materiell professionell ausgestatteten Feuerwehr Münster (z. B. Ausstattung mit ABC-Spürfahrzeug) sowie anderen auch übergeordneten Institutionen (von Ordnungsamt über Hilfsorganisationen bis Bundeswehr)

- Anschaffung oder Leasing eines mobilen Wassertest-Labors für Münster, um bei Verunreinigungen zeitnah Wasserproben entnehmen zu können (Beispiel: Universität Münster)
- Mehr Sicherheit in den Städten und im Land NRW durch sichere Arbeit, besseren Umweltschutz und soziale Sicherheit

20. Müllpolitik

Mit Müll werden immer noch Geschäfte gemacht, und das zu Lasten der Verbraucher und Umwelt. Auch der so genannte Gelbe-Sack-Müll aus Münster wird nicht zu vollen Anteilen wiederverwertet, sondern auch auswärts verbrannt. Außerdem werden die Vertragsbedingungen zwischen Kommune und Verwerter immer unberechenbarer.

Die ödp meint dazu:

- Der beste Müll ist kein Müll
- Müll vermeiden - Stoffkreisläufe schließen
- Vermeiden und Verwerten statt Verbrennen ist unsere Devise
- Müllgebühr-Reduzierung nicht auf Kosten der Umwelt sowie Arbeitsplätzen



Das ödp - Konzept:

- Kritische Überprüfung des derzeitigen Abfallentsorgungskonzeptes und der Wertstoffsammlungen, z.B. Duales System („Gelber Sack“)
- Kunststoffabfall ist auch ohne Müllverbrennungsanlage kein Problem, denn durch Kryo-Recycling nach Prof. Rosin (Dortmund – Umweltpreisträger und Erfinder des FCKW-freien Öko-Kühlschranks) ließe sich im Rahmen eines Pilotprojektes die Vorreiterrolle Münsters auf dem Gebiet der Abfallpolitik außerordentlich verbessern. Durch dieses Ressourcen schonende Verfahren können Kunststoffabfälle vollständig und sortenrein wiederverwertet werden.
Fazit: Somit ergibt das eine positive Energiebilanz und schafft neue Arbeitsplätze (➔ Näheres siehe unter [Arbeit](#) und/oder [Energie](#))
- Wir fordern eine gerechte Kostenverteilung, die im ganzen Stadtgebiet zügig umgesetzt werden sollte. Der Verbraucher, der Abfall vermeidet, muss belohnt werden, z.B. durch konsequente Umsetzung der Wahl einer Mülltonnengröße oder Abrechnung nach Gewicht.
- Fortführung und Ausweitung der „Mega-Umwelt-Check“-Aktion. Dies ist eine von der Verwaltung, dem Abfallwirtschaftsbetrieb Münster (AWM) und den Schulen initiierte Aktion, bei der das ökologische Bewusstsein bei Kindern gefördert wird.
- Drastische Erhöhung der Bußgelder für wildes Müllabkippen
- Unterstützung von Aktionen, die Recycling-Produkte vorstellen, z. B. Greenpeace-Aktion in Kopierläden mit Recycling-Papier
- Unterstützung Münsteraner Vereine wie „LOWI“ (lokale Wirtschaftsinitiative) und „Give & Take“; Tauschringe, die z. B. zur Verwertung von Alltagsgegenständen beitragen

- Konsequente Abfallvermeidung in der öffentlichen Verwaltung und deren Betrieben, die Vorbildfunktion haben sollte
- Kein Bau einer Müllverbrennungsanlage, denn Müllverbrennung ist ökologisch sinnlos, teuer und schadet Umwelt wie Gesundheit.

Verweis auf das Bundespolitische Programm

Sollten Sie einen Programmpunkt nicht ausführlich genug bearbeitet sehen oder vermissen, so verwiesen wir auf das ödp-[Bundespolitische Programm](#).

www.oedp.de

Aufruf zur Mitarbeit

Verantwortungsbewusstes politisches Denken und Handeln setzt ethische Wertmaßstäbe voraus, wie sie z.B. im Humanismus, im christlichen Glauben oder in anderen Religionen zum Ausdruck kommen. Dies gilt umso mehr angesichts des zunehmenden Werteverfalls in Gesellschaft und Politik. Die Sicherung des Überlebens von Mensch und Natur, der Schutz der Umwelt um ihrer selbst willen und für uns Menschen, sowie gerechte Beziehungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen müssen Vorrang vor allen privaten, wirtschaftlichen und öffentlichen Interessen haben.

Vielfach stellen die derzeitig politisch Verantwortlichen Wünsche und materielle Ansprüche einzelner Interessengruppen über das Gemeininteresse an einer Politik, die dem Überleben der Menschheit dient. Dabei betreiben sie auch weiterhin der kurzfristigen materiellen Gewinne wegen das Wirtschaftswachstum - um jeden Preis. Dieses allein am wirtschaftlichen Erfolg orientierte Denken prägt unsere gesamte Gesellschaft und ist Hauptursache für die Sinnkrise in unserer Gesellschaft mit all ihren sozialen Folgen. Immer gibt es jedoch eine Möglichkeit, erkannte Fehlentwicklungen zu stoppen.

Unsere Stadt braucht dazu eine ökologische und sozial orientierte Partei, die für die Bewahrung der Lebensgrundlagen eintritt und die demokratische Erneuerung vorantreibt. Wir bitten Sie daher: Treten Sie der ödp als aktives oder förderndes Mitglied bei und bauen Sie eine neue konsequente politische Bewegung mit uns auf.

Bitte gehen Sie zur Kommunalwahl und geben Sie der ödp Münster im Stadtrat, zur Oberbürgermeisterwahl und in den sechs Bezirksvertretungen Ihre Stimme!

Impressum

Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)
Kreisgeschäftsstelle
Junkerstr. 3, 48153 Münster
Fon 0251/ 201 73 57
Internet: www.oedp-muenster.de